

Gesellschaftliche Akzeptanz für die bevorstehenden Phasen der Energiewende

Nach dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima und dem historischen Ausstiegsbeschluss aus der Kernenergie steht Deutschland vor der Herkules-Aufgabe, eine Reduktion der fossilen Energieversorgung von heute rund 80 % auf unter 20 % bis zum Jahre 2050 herbeizuführen [1]. Dabei sollen die fossilen Energieträger durch regenerative ersetzt werden, also nicht durch Kernenergie, auch nicht im nennenswerten Umfang durch Fusion. Im Klartext: Die fluktuierenden Energieträger Sonne und Wind sollen die Hauptlast übernehmen, flankiert durch die wetterunabhängigen regenerativen Energien aus Wasserkraft, Biomasse und Geothermie.

Über den Ausbau der erneuerbaren Energieträger wird häufig vergessen, dass die Energiewende nur möglich ist, wenn sie mit einer dramatischen Verbesserung der Energieeffizienz verbunden wird [2]. Bis zum Jahr 2050 müssen die Stromkonsumenten in Deutschland rund 40 % des Primärenergieeinsatzes zusätzlich einsparen, um die Energieziele der Bundesregierung zu erreichen.

Alle diese politischen Änderungen erfordern hohe Investitionen, organisatorisches Geschick, Kooperationsbereitschaft unter den Beteiligten und innovative politische Initiativen. Das wird schon schwer genug werden, aber das Ganze kann nur gelingen, wenn die Nutzer der Energie und die Anwohner von neuen infrastrukturellen Anlagen aktiv mitmachen [3]. In der Theorie sind mehr als 75 % der Deutschen für die Energiewende. Gleichzeitig hat sich aber der Glaube breit gemacht, dass diese Wende allein von Politik und Wirtschaft geleistet werden könne – und zwar mit voller Versorgungssicherheit, mit annehmbaren Preisen und ohne weitere Umweltbelastungen. Diese Zuversicht in die „Macher“ der Energiewende ist sehr trügerisch. Denn wenn erstmal klar wird, dass die Umstellungen, die mit der Energiewende verbunden sind, nicht zum Nulltarif zu haben sind, wird der Enthusiasmus schnell in Enttäuschung und Skepsis umschlagen. Das war schon in den beiden letzten Jahren an den ersten Reaktionen auf die Erhöhung der Strompreise beobachtbar.

In Folge ist eine neue Welle von Akzeptanzproblemen vorprogrammiert. Immer dann, wenn neue Netze verlegt werden, wenn große Pumpspeicherkraftwerke gebaut, wenn zu neuen Smart-Modellen in der Elektromobilität und in der Stromversorgung Vorleistungen bei der Infrastruktur getätigt werden müssen, bei denen auch die Autonomie des Verbrauchers ein Stück

weit eingeschränkt werden soll, kann man mit Widerständen der betroffenen Bevölkerung rechnen [4].

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, ist ein neuer Steuerungsansatz vor allem zum Einbezug der Bevölkerung in die politische Umsetzung der Energiewende angebracht. Dieser Einbezug muss auf allen politischen Ebenen erfolgen:

- Einbezug auf *nationaler* Ebene, um Einigung über die grundlegenden Strategien beim Ausbau des erneuerbaren Energieangebots zu erzielen (etwa die Mischung zwischen zentralen und dezentralen Versorgungseinrichtungen)
- Einbezug auf *regionaler* Ebene des jeweiligen Bundeslandes, um über die angemessene Mischung der verschiedenen Energieträger und deren regionale Verteilung Einvernehmen zu erzielen
- Einbezug auf *lokaler* Ebene, um Absprachen über Standortfestlegung von Infrastruktur und Anlagen zur Bereitstellung und zum Transport von Energie zu treffen.



Universität Stuttgart
Prof. Dr. Ortwin Renn
ortwin.renn@sowi.uni-stuttgart.de

Fraunhofer IBP
Christina Sager
christina.sager@ibp.fraunhofer.de

IZES
Prof. Dr. Petra Schweizer-Ries
schweizer-ries@izes.de

Bedingungen für Akzeptanz

Akzeptanz bei Großprojekten erfordert nicht unbedingt eine positive Einstellung oder Befürwortung der geplanten Vorhaben. Die meisten Großprojekte werden nicht mit Begeisterung angenommen. Für die politische Umsetzung von Planungen reicht es aus, wenn die davon betroffenen Menschen die damit verbundenen Maßnahmen und Anlagen in ihrem Lebensumfeld tolerieren. Natürlich sind eine positive Einstellung und ein aktives Engagement für die konkrete Umsetzung der Energiewende zu begrüßen, aber im Sinne der Akzeptanz reicht es aus, wenn die geplante Neuerung angenommen wird.

Damit eine einschneidende Veränderung im eigenen Lebensumfeld zumindest toleriert wird, sind vier Voraussetzungen zu erfüllen [5].

- **Orientierung und Einsicht**
Liegt eine Einsicht in die Notwendigkeit der Maßnahme vor und steht man hinter den mit den Maßnahmen angestrebten Zielen und Mitteln, dann ist eher mit Akzeptanz zu rechnen. Damit sich Menschen aber eine Vorstellung davon machen können, was sie bei Großvorhaben erwartet, brauchen sie Informationen über die Planungsoptio-

nen und den Planungsprozess. Jeder will wissen, was auf ihn zukommt. Dazu gehört auch die Frage, ob Alternativen verfügbar sind und, wenn ja, warum diese nicht gewählt wurden. Gleichzeitig verlangen die Bürgerinnen und Bürger eine transparente, das heißt nachvollziehbare Argumentation, wenn es um die Begründung von Entscheidungen geht [6].

- **Selbstwirksamkeit**

Hat man den Eindruck, dass die eigenen Handlungsmöglichkeiten zur Veränderung oder sogar Verhinderung der unerwünschten Großvorhaben so eingeschränkt sind, dass sie selbst bei höchstem Einsatz nichts bewegen können, dann werden die Maßnahmen auf der Basis einer fatalistischen Grundeinstellung toleriert. Erst wenn man daran glaubt, dass das eigene Handeln an dem Planungsvollzug etwas ändern könne, greift man zu einer öffentlich wirksamen Form der Akzeptanzverweigerung.

Daraus kann sich ein paradoxer Zustand ergeben: Je mehr Menschen durch Zugeständnisse und Partizipationsangebote die Möglichkeit erhalten, an den Planungen mitzuwirken, desto größer wächst deren Zutrauen in die eigene Selbstwirksamkeit und desto mehr müssen die Planungsträger mit öffentlich wirksamer Akzeptanzverweigerung rechnen.

Allerdings sollte dies nicht als eine Einladung zu Einschüchterung der Standortbevölkerung oder hoheitlicher Durchsetzung von Planungsoptionen gewertet werden. Fatalismus zerstört Vertrauen und vergrößert die Politikverdrossenheit [7]. Von daher ist es im Interesse der Planungsbehörden, die Selbstwirksamkeit der betroffenen Menschen zu stärken. Allerdings ist es wichtig, sich darauf einzustellen, dass mit der Verbesserung der Partizipationschancen auch diejenigen sich ermutigt fühlen, deren Toleranz allein auf der Überzeugung mangelnder Selbstwirksamkeit beruhte. Proteste werden zumindest zu Beginn solcher Maßnahmen erst einmal ansteigen.

- **Nutzen**

Akzeptanz ist umso eher zu erwarten, je mehr die geplanten Maßnahmen einem selbst oder Gruppen und Individuen zu Gute kommen, die man besonders schätzt. Auch wenn durch Maßnahmen das Allgemeinwohl gestärkt wird, ist mit einer höheren Akzeptanz zu rechnen. Deshalb sind besonders Informationen wichtig, die den Anwohner einzuschätzen helfen, ob sie selber oder andere, die ihnen nahestehen, einen Nutzen von dem Vorhaben erfahren werden. Denn ohne Informationen über den Nutzen lässt sich schwer die Wünschbarkeit der Planungsvorhaben beurteilen [8].

- **Identität**

Je mehr man sich mit einer Maßnahme auch emotional identifizieren kann, desto größer ist die Akzeptanzbereitschaft. Im Rahmen neuer Planungen sind Informationen bedeutsam, die den Anwohnern helfen, den Stellenwert des Vorhabens für die weitere Entwicklung des örtlichen Umfeldes zu erfassen und die Passgenauigkeit des Vorhabens in das Selbst- und Fremdbild des eigenen sozialen und kulturellen Umfeldes zu überprüfen.

Will man diese vier Aspekte zugunsten einer größeren Akzeptanz der geplanten Vorhaben beeinflussen, dann ist zumindest erforderlich, dass die Informationen und Kommunikationsangebote auf alle vier Aspekte bezogen sind. Nur wenn man deutlich machen kann, wie die geplanten Vorhaben den Nutzen für die Anwohner und andere verbessern und in welchem Ausmaß positive Identifikation ermöglicht wird, kann mit höherer Akzeptanz gerechnet werden.

Akzeptanzbemühungen auf die Phasen der Energiewende abstimmen

Will man mit kommunikativen Maßnahmen positiv auf die Akzeptanz der Energiewende einwirken, ist es sinnvoll, diese Kommunikationsstrategien nach den jeweils anstehenden Phasen in der Umsetzung der Energiewende auszurichten. Dabei sind drei Phasen von besonderer Bedeutung:

1. In der ersten Phase geht es vor allem darum, die Gesamtstrategie der Energiewende und deren Implikationen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu verdeutlichen. Ziel für die erste Phase ist, die innere Konsistenz der Maßnahmen zur Energiewende den Bürgern und Bürgerinnen plausibel darzubringen. Dabei geht es um eine übergeordnete Einsicht in die Notwendigkeit auch von zum Teil unpopulären Infrastrukturmaßnahmen.

Die Zustimmung zu der Energiewende ist in der Bevölkerung vorhanden. Man kann also Vertrauen in diese grundlegende Akzeptanz der Gesamtstrategie voraussetzen, aber nicht unbedingt eine Einsicht in die damit verbundenen Maßnahmen. Hier gilt es also, Ziele und Umsetzungsstrategien nachvollziehbar zu verbinden.

2. In der zweiten Phase geht es vor allem darum, den Nutzen für die Betroffenen und die Allgemeinheit herauszustellen und die generelle Akzeptabilität der mit den Maßnahmen verbundenen Risiken und Nebenwirkungen zu verdeutlichen. Ein wesentliches Kennzeichen ist dabei, dass die auftretenden Belastungen als fair verteilt angesehen werden. Die heutige Diskussion um Energie-

armut und Energieprivilegien zeugt von einer besonderen Sensibilität gegenüber Verteilungswirkungen. Hier ist auch die Politik gefordert, durch entsprechende Gestaltung eine faire Verteilung von Nutzen und Lasten herbeizuführen.

3. In der dritten Phase des Ausbaus von intelligenten Netzen im Strom- und Wärmebereich wird vor allem der Aspekt der Selbstwirksamkeit angesprochen. Wenn Menschen den Eindruck haben, dass Sie die Souveränität über ihr eigenes Energieverhalten einbüßen, ist mit Akzeptanzverweigerung zu rechnen. Alle Veränderungen in Richtung auf intelligente Steuerung muss immer die volle Souveränität des Subjekts über die eigene Lebenswelt umfassen. Dies ist von besonderer Bedeutung, wenn mögliche Sicherheitsrisiken im Bereich der informationstechnologischen Steuerung angesprochen sind.

Es ist sinnvoll, die Kommunikation für diese drei Phasen ein Stück weit parallel voranzutreiben, sie aber gezielt in den Phasen einzusetzen, in denen die entsprechenden Umsetzungen der Energiewende stattfinden.

Bürgerinnen und Bürger aktiv in Planungen einbinden

Die Wirksamkeit von Kommunikation zur Beeinflussung der Akzeptanz ist aber begrenzt. Vor allem wenn es um Vorhaben geht, die Belastungen für die Anwohner mit sich bringen und bei denen der Allgemeinutzen gesellschaftlich umstritten ist, ist es nahezu unmöglich, allein durch Information und Kommunikation, auch wenn sie in Form eines Dialogs angeboten werden, eine Veränderung der Akzeptanz zu erreichen. Hinzu kommt, dass großflächige Veränderungen eher als Fremdkörper und weniger als Bereicherung des örtlichen Umfeldes angesehen werden.

Insofern ist es schon aufgrund der mangelnden Effektivität von Kommunikation angebracht, den betroffenen Menschen größere Beteiligungschancen einzuräumen, so dass sie selbst anhand von unterschiedlichen Varianten entscheiden können, in welchem Maße die vier Akzeptanzkriterien erfüllt sind. Die Perspektive der Beteiligung verändert den politischen Entscheidungsprozess:

- Kommunikation ist darauf ausgerichtet, den betroffenen Menschen eine einmal legal gefällte Entscheidung zu Gunsten einer bestimmten Option nahezubringen in der Hoffnung, dass sie diese Sicht auch anerkennen oder zumindest tolerieren.

- Beteiligung hingegen bedeutet offene Willensbildungsprozesse und überlässt es innerhalb der gesetzlichen Grenzen den in den Prozess einbezogenen Bürgerinnen und Bürgern, auf der Basis der eigenen Vorstellungen und Bewertungen neue Optionen zu schaffen und bestehende zu bewerten. In dem Moment, wo Entscheidungsbetroffene zu Entscheidungsträgern werden, wird Identität schon allein durch das Verfahren geschaffen. [9]

Literatur

- [1] Ethik-Kommission (2011): Deutschlands Energiewende. Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft. Endbericht. Berlin.
- [2] Hennecke, Peter und Fishedick, Manfred (2007): Erneuerbare Energien. Mit Energieeffizienz zur Energiewende. Beck: München.
- [3] Renn, Ortwin (2011): Die Energiewende muss sozial- und kulturwissenschaftlich unterfüttert werden. In: Bunsen-Magazin 13 (5): 177–178.
- [4] Bosch, Stephan/Peyke, Gerd (2011): Gegenwind für die Erneuerbaren – Räumliche Neuorientierung der Wind-, Solar- und Bioenergie vor dem Hintergrund einer verringerten Akzeptanz sowie zunehmender Flächennutzungskonflikte im ländlichen Raum. Raumforschung und Raumordnung 69 (2): 105–118.
- [5] Eine ähnliche Zusammenstellung, wie sie oben vorgenommen wurde, findet sich bei Fiske, Susan (2010): Social Beings. Core Motives in Social Psychology. 2. Auflage. New York: John Wiley, 89 ff. Susan Fiske benennt die folgenden Grundmotive: Understanding (entspricht Orientierung), Controlling (kommt dem Konzept der Selbstwirksamkeit nahe) und Self-Enhancing (Identitätsentfaltung). Allerdings kommt bei ihr der Nutzen nicht vor, der zweifellos ein wichtiges Motiv darstellt. Für kollektive Handlungen vgl. van Zomeren, Martijn/Postmes, Tom/Spears, Russell (2008): Toward an Integrative Social Identity Model of Collective Action: A Quantitative Research Synthesis of Three Socio-Psychological Perspectives. In: Psychological Bulletin 134 (4): 504–535.
- [6] Vgl. Renn, Ortwin (2011): Wissen und Moral – Stadien der Risikowahrnehmung. in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Ende des Atomzeitalters 61, 46–47/2011, November 2011, 3–7, hier 5. Vgl. auch: Renn, Ortwin/Webler, Thomas (1998): Der kooperative Diskurs – Theoretische Grundlagen, Anforderungen, Möglichkeiten. in: Renn, O./

Kastenholz, H./Schild, P./Wilhelm, U. (Hrsg.): Abfallpolitik im kooperativen Diskurs. Bürgerbeteiligung bei der Standortsuche für eine Deponie im Kanton Aargau. Zürich: Hochschulverlag AG an der ETH Zürich, 3–103, hier 15.

- [7] Huth, Iris (2004): Politische Verdrossenheit: Erscheinungsformen und Ursachen als Herausforderungen für das politische System und die Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Münster: LiT Verlag, 84 und 242 ff.
- [8] Vgl. Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (Acatech) 2011: Akzeptanz von Technik und Infrastrukturen. Anmerkungen zu einem aktuellen Problem. Acatech Bezieht Position, Band 9. Heidelberg: Springer, 7.
- [9] Fisch, Rudolf/Frey, Dieter und Rosenstiel, Lutz von (2010): Innovationen in der öffentlichen Verwaltung Deutschlands sowie Erfolgsfaktoren und Stolpersteine bei Veränderungen in Verwaltungen. In: Oerter, Rolf; Frey, Dieter; Mandl, Heinz; Rosenstiel, Lutz von und Schneewind, Klaus (Hrsg.): Neue Wege wagen: Innovation in Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft. Lucius und Lucius: Stuttgart, S. 163–184, hier S. 177.